

schäftslichen Bevölkerung, folglich ist auch die Arbeiterschaft auf dem Wohlergehen dieser landwirtschaftlichen Bevölkerung interessiert. Dieser Weisheit leichter Schluss ist: „Sobald das Industrieunternehmertum die Zusammenhänge zwischen Industrieabfall und Industriegedächtnis einerseits und Erhaltung und Kaufkraft der Landwirtschaft andererseits seit 1879 allmählich besser und gründlicher verstanden werden, warum sollte die Industriearbeiterklasse ihre Augen gegen diese eminenten wirtschaftlichen Probleme noch immer verschließen?“ Der alte agrarische Trick! Die Interessen „der Landwirtschaft“ werden identifiziert mit den Interessen der Rentenbegiecher. Um die Lage der großen Masse der landwirtschaftlichen Bevölkerung zu heben, um ihre Kaufkraft zu fördern, gibt es kein besseres Mittel als den vollständigen Ruin der Großgrundbesitzer, soweit sie parasitäre Existenz, Bezieher von Renten sind. Ein Sturz der Getreidepreise würde den wirtschaftlichen Ruin der Großgrundbesitzer herbeiführen, die Bodenpreise würden sinken und auf dem billigen Boden würden die Landwirte ebenso billige Getreide in Deutschland produzieren können, wie sie es in Amerika können. Der Getreidezoll rettet die Landwirtschaft nicht, er schützt nur die Rente und damit den Besitz und die politische Macht der Großgrundbesitzer. Dagegen ist er ein Schaden für ein paar Millionen deutscher Kleinbauern und Landarbeiter, wie für die gesamte nichtlandwirtschaftliche Bevölkerung.

Das sind längst wissenschaftlich bewiesene Tatsachen, und deshalb hat das deutsche Proletariat, trotz der pseudowissenschaftlichen Kavariolen eines Schipper nicht den ge ringsten Grund, seine Stellung zur Frage der Lebensmittelzölle zu ändern.

Bürgerliche Illusionen.

Bekanntlich haben wiederholt bürgerliche Schriftsteller ihre Hoffnung darauf gestellt, daß die Gewerkschaften, wenn sie nur erst ihre Freundschaft für die revolutionäre Sozialdemokratie aufgeben wollten, sich allmählich zu einem geordneten Glied der bürgerlichen Gesellschaft entwickeln würden. Wenn auch utopisch, so waren diese Hoffnungen doch nicht einfach Phantasieereien. Einerseits beruhten sie auf der Praxis der englischen Gewerkschaften, andererseits liegen sie in der Natur der Gewerkschaftsbewegung, wenigstens in einer bestimmten Seite davon, begründet. Denn es ist richtig, wenn auch nur ein Teil der ganzen Wahrheit, daß die Gewerkschaften ein notwendiges Glied der bürgerlichen Gesellschaft bilden.

In unsern nationalökonomischen Schriften wird aus einandergesetzt, daß die Arbeiter den Kapitalisten ihre Arbeitskraft verkaufen und dafür den Wert dieser Arbeitskraft als Lohn erhalten. Ware wird gegen Ware, Wert gegen Wert ausgetauscht. Der Kapitalist gibt dabei so viel, wie er nimmt; er nimmt die Arbeitskraft für eine Woche, d. h. er läßt den Arbeiter eine Woche für sich arbeiten; und er gibt ihm so viel, wie nötig ist, seine Arbeitskraft regelmäßig wieder herzustellen. Am Ende der Woche sind sie einander nichts schuldig; der Arbeiter ist derselbe Mann wie am Anfang der Woche, mit derselben Fähigkeit zum Arbeiten, nicht reicher und nicht ärmer. Kein ehrlicheres Geschäft in der ganzen Welt. Wenigstens in der Theorie.

Aber in der Praxis trifft dieser abstrakte theoretische Normalfall nie zu. Der Kapitalist stellt sich nicht damit zufrieden, daß er den normalen Mehrwert einstreicht, der über den Wert der Arbeitskraft hinaus produziert wird. Seine Seele, oder besser seine Tasche, dürstet nach immer mehr Mehrwert, um ihn zu neuem Kapital zu akkumulieren. Kraft seiner wirtschaftlichen Überlegenheit zwingt er die Arbeiter zu unmenschlich langer Arbeitszeit für viel zu wenig Lohn; er deutet ihn nicht nur ans, sondern erschindet ihn. Er nimmt dem Arbeiter mehr als die Arbeitskraft, die er beanspruchen darf, und er gibt ihm weniger als deren Wert. Er stiehlt ein Stück der Lebenskraft des Arbeiters; dieser ist nicht imstande, seine Arbeitskraft durch Ruhe und ausreichende Nahrung wieder herzustellen, am Ende der Woche ist er nicht mehr derselbe Mann, wie vorher, denn seine Gesundheit ist mehr zerstört, die Fähigkeiten seines Körpers sind geschwächt. Die Praxis des Kapitalismus ist nicht der theoretisch angenommene Normalfall, sondern eine anormale Menschenherrschaft, durch die die Arbeiterklasse körperlich und geistig entartet.

Die Überlegenheit des Kapitalisten, die Machtlosigkeit des Arbeiters kann nur aufgehoben werden, wenn die Arbeiter ihre Kräfte vereinigen. In dem gewerkschaftlichen Zusammenschluß finden sie die Kraft, über die Verkaufsbedingungen ihrer Arbeitskraft ein Wort mitzureden. Lebt kann es gelingen, die unmenschliche Ubrackerung etwas einzudämmen, die Arbeitszeit zu verkürzen und den Lohn zu erhöhen. Damit wird die Ausbeutung nicht aufgehoben, sondern bestens nur auf ihr normalem Maß zurückgebracht. Die Gewerkschaft ist also nötig, um normale kapitalistische Verhältnisse herzustellen; nur durch ihre Macht kann erreicht werden, daß der Arbeiter wirklich den Wert seiner Arbeitskraft vergütet bekommt. Das muß besonders gegenüber den Scharfmacherorganisationen, die über die „mahllosen Forderungen“ der Arbeiter jeteren und gegen die Gewerkschaften heben, hervorgehoben werden. Erst durch die Gewerkschaften werden die elementarischen Gesetze der bürgerlichen Gesellschaft, die die Habfucht der Ausbeuter fortwährend verleiht, zur Gestaltung gebracht. In diesem Sinne sind die Gewerkschaften ein notwendiges Glied der bürgerlichen Gesellschaft.

Das ist der Boden, auf dem die Hoffnungen der bürgerlichen Sozialreformer ruhen. Sie sahen ganz gut, daß das Elend der Arbeiter die ganze bürgerliche Ordnung gefährdet, denn der Kampf für den Sozialismus wird durch die unerträglichen Qualen des Kapitalismus hervorgerufen. Die Gewerkschaften verringerten diesen Grund zur Empörung, und deshalb begrüßten diese Reformer sie als eine Stütze der bürgerlichen Ordnung.

Dabei vergessen sie leider eine Kleinigkeit: die wirtschaftliche Entwicklung. Der Kapitalismus ist eine unaufhörliche Umwälzung der Technik, bei der die Peitsche der Konkurrenz die Kapitalisten zur Ergatterung möglichster großer Kapitalien treibt. Wer nicht Kapital genug besitzt, um diese Umwälzung mitzumachen, bleibt im Wettkampf zurück und wird über den Haufen gerammt. Die größten Kapitalien gewinnen in diesem Kampfe. Daher ist die Geldsucht, der Trieb, immer mehr Kapital anzusammeln,

zum Haupttrieb der Kapitalisten geworden, die sogar dort ein Instinkt wirkt, wo augenscheinlich gar kein Bedürfnis nach mehr Geld besteht.

Kapital ist angehäuft, akkumulierter Mehrwert; je größer der Mehrwert, um so mehr kann davon als Kapital angehäuft werden. Das ist der Grund, weshalb die Unternehmer mit dem normalen Mehrwert nicht zufrieden sind, sondern darüber hinaus möglichst viel aus den Arbeitern herauspressen. Daher stellen sie dem Streben der Gewerkschaften einen erbitterten Widerstand entgegen. Das Kapital organisiert sich in Unternehmerverbänden und führt die staatlichen Machtmittel gegen die Arbeiterorganisationen ins Feld. Gegenüber den mächtlosen vereinzelten Ideologen, die die Gewerkschaften anerlernen, bilden die Scharfmacher die mächtige Mehrheit der Bourgeoisie. Ganz können sie den Aufstieg der Arbeiterklasse nicht verhindern; wo sie aber Zugeständnisse machen müssen, tun sie es mit so offener Bekundung ihrer Feindschaft und ihres Widerwillens, daß die Arbeiter trotz der erkämpften Verbesserung ihrer Lebenslage gar keinen Grund finden, sich mit der bürgerlichen Ordnung auszuschöpfen. Zum Gegenteil, die gewerkschaftliche Erfahrung führt zum tieferen Hass gegen eine Ordnung, in der die kleinste Besserung ihrer Leiden mit den schwersten Anstrengungen und Opfern erklämpft und vertheidigt werden muss. Sie macht ihnen klar, wie un trennbar das Arbeiterelend mit dem Kapitalismus verbunden ist. Zugleich wächst in den Arbeitern durch den stählenden Kampf das Bewußtsein der eigenen Menschenwürde empor, daß ihnen ihre Ausbeutung überhaupt unerträglich macht. Einmal erwacht, dürfen sie noch mehr Kultur, nach Lebensfreude, nach geistiger Entwicklung, die nur durch den Umsturz des Kapitalismus durch den Sozialismus zu erzielen sind.

So muß der Arbeiter, der den gewerkschaftlichen Kampf führt, notwendig zum Sozialdemokraten werden. Sein Ziel ist nicht mehr bloß Verbesserung innerhalb des Kapitalismus, sondern Aufhebung des Kapitalismus selbst. Nicht ein gerechter Preis für seine Arbeitskraft ist sein Ideal, wie das Stichwort der englischen Gewerkschaften lautet, sondern seine Arbeitskraft soll überhaupt keine Kaufware mehr sein. Nicht die kapitalistische Gerechtigkeit will er erkämpfen, sondern eine Ordnung, gegen die der ganze Kapitalismus ein Pfahl der Ungerechtigkeit selbst ist.

Um in diesem Kampf für den Sozialismus siegen zu können, müssen die sozialistischen Arbeiter über kräftige Organisationen mit fester Disziplin verfügen. Diese finden sie in ihren Gewerkschaften. So werden die Gewerkschaften gerade zum Gegenteil dessen, was ihre bürgerlichen Freunde von ihnen erwarten; nicht Stützen der bürgerlichen Ordnung, sondern die gefährlichsten und mächtigsten Waffen des Umsturzes dieser Ordnung.

Hus der Partei.

Den Gipfel der unanständigen Polemik erreicht die Münchner Post. Wir hatten an der Hand von Tatsachen nachgewiesen, daß unsere Meldung über die bürgerliche Versammlung, die ihre Zustimmung zur bayerischen Staatsbewilligung ausdrückte, die nahezu wörtliche Wiedergabe eines französischen Telegramms vom Dienstag früh war, also nicht, wie die Münchner Post behauptete, von uns aus der längeren Meldung des Parteipressbüros „ausammenträgt“ war. Dies war schon aus dem Grunde unmöglich, weil uns der telefonische Bericht des Pressbüros erst am Dienstag mittag und der schriftliche am Mittwoch früh zuging. Ihre Ausregung hätte sich, sagten wir hinzu, die Münchner Post sparen können, wenn sie sich vorher über diese Geheimnisse von Raum und Zeit orientiert hätte. Nur lese man, wie die ehrliche Münchner Post diesen Sachverhalt ihren Lesern mitteilt. Sie schreibt:

„Geheimnisse an solche halten natürlich geschrieben: von Nebaktion.“ Raum und Zeit“ waren es, die in der Velpoliger Volkszeitung einen solchen Umgang angenommen hatten, daß sie die Kundgebung der Münchner Parteigenossen zur Budgetfrage mit ganzen neuen Peitschen abgelöst hat. Diese unerträglichen Geheimnisse haben auch wohl die mit der Wahrheit nicht übereinstimmende Meldung in diese Notiz hineingebracht, daß die Genossen Tamm und Müller „in der Diskussion“ erklärt hätten, „es hätte eine große Kopfschüsse gegeben, wenn die Fraktion nicht für das Budget gestimmt hätte“.

In der Tat! Die Münchner Post hat recht: so wirds gemacht! Erst wir aus nichtstem Anlaß drauslos verleumdet und wenn dann die Verleumdungen zu Boden geworfen sind, ist man zu feige, den Lesern die Wahrheit zu gestehen. Aber der Plan dieser systematischen Verleumdungskampagne des Realismus ist deutlich: man will die Leipziger Volkszeitung in Wirklichkeit bringen, weil man hofft, dadurch auch die von ihr vertretene Richtung den Genossen vereinzeln zu können.

Was „die mit der Wahrheit nicht übereinstimmende Meldung“ betrifft, auf die sich die Münchner Post bezieht, so handelt es sich um die ganz gleichgültige Tatsache, daß die Wendung von der „Kopfschüsse“ in der Debatte nicht von Tamm oder Müller, sondern von einem andern Genossen ausging. Es kennzeichnet die Armseligkeit der Münchner Post, daß sie auf diesen Quer Wert legt.

Das Pressebüro findet unbegreiflicherweise, daß durch unsere Polemik mit der Münchner Post die „Objektivität des Pressebüros“ angezweifelt worden sei, wovon weder im subjektiven noch im objektiven Sinne die Rede sein kann. Auch der „Verdacht“, daß es die Parteiblätter verschrieben behandelt, den das Pressebüro aus unsern Bemerkungen herausgelesen haben will, kann nicht aufkommen, ganz abgesehen davon, daß wir uns eine berartige „Behandlung“ keine Minute gesessen lassen würden. Zur Sache selber behauptet das Pressebüro, die telefonische Meldung am Dienstag mittag ebenso ausführlich wiedergegeben zu haben, wie am Mittwoch früh, was wir jetzt nicht kontrollieren können, da wir gurgelt nicht in der Lage sind, die telefonischen Meldungen phonographisch aufzunehmen. Aber durch alle diese Dinge wird natürlich nicht die Tatsache aus der Welt geschafft, daß die Münchner Post das Gegenteil der Wahrheit sagte, als sie behauptete, wir hätten die Meldung über die Münchner Versammlung aus dem Bericht des Parteipressbüros „zusammenredigiert“.

Ein Opfer. Genosse Nijsche antwortet auf die Feststellung des Vorwärts:

„Mit dieser Entdeckung kommt der Vorwärts aber sehr post festum. Ich habe schon in der Dresden Parteiversammlung erklärt, daß diese Stelle in dem von mir versuchten Buche auf einem Bericht beruht, auf den ich von einem Landtagsabgeordneten selbst aufmerksam gemacht worden sei, als sich nichts mehr ändert und der Bericht auch nicht mehr im Buche selbst berichtet ließ. Ich bin bei Abfassung des genannten Handbuchs der allgemeinen Annahme, daß die tatsächlichen Landtagsabgeordneten immer gegen das Budget gestimmt hätten, zum Opfer gefallen, wobei ich wohl in meinem Bericht dadurch bestärkt wurde, daß ich bei den vorgenommenen Feststellungen zufällig einen Band der

Landtagsakten aus dem Jahre 1804 oder 1806 in die Hände bekommen, wo tatsächlich gegen das Budget gestimmt worden ist. Nebenbei darf sich die falsche Annahme auch an andern Stellen des Buches noch finden.“

In der Tat: er ist zum Opfer gefallen, und Genosse Eisner, der ja ebenfalls in der Frage der Budgetbewilligung die merkmäßigsten Wandlungen gemacht hat, wird dieses Opfer nicht wieder auf die Beine bringen können.

gt. Die bayerische Budgetbewilligung. Über die Nürnberger Parteiversammlung, die sich mit der bayerischen Staatsbewilligung beschäftigte, erhalten wir folgenden ausführlichen Bericht aus Nürnberg:

In einer sehr bewegten Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Nürnberg wurde im Anschluß an den Bericht der Landtagsabgeordneten über ihre Parlamentstätigkeit über die Budgetbewilligungsfrage eingehend gesprochen. Die fünf Landtagsabgeordneten Rückerts hatten die Genossen Röhlings und Simon mit der Abgabe des Berichts betraut. Röhlings rechtfertigte in seinen Schlussausführungen die Zustimmung zum Finanzgesetz damit, daß die Fraktion der Meinung war, daß nach einer Session von der Arbeitsleistung wie die verflossene, zwingende Gründe, die niemals gegen den Lüderer Vertrag verstehen, die Zustimmung geboten hätten. Sie habe dabei nichts andres im Auge gehabt, als die Interessen der Partei zu wahren und für Ausbreitung unserer Ideen zu wirken. Es sei zu erwägen, daß die Fraktion in den Einzelberatungen 90 Prozent aller Staatsausgaben bewilligt habe, daß die Beamten, die Arbeiter in ihrer Stellung verbessert wurden, daß soziale Fortschritte erreicht wurden usw. Die Kreise, die wir für unsre Sache gewinnen wollen, hätten es nicht verstanden, wenn wir hinterher gegen alles gestimmt hätten. Redner ist erstaunt über den Sturm der Entrüstung, den die Abstimmung im Norden hervorgerufen habe, und bestreitet, daß die Fraktion in ihrer Erklärung über ihre Haltung zur Abstimmungsfrage der Regierung eines Klassstaates ein Vertrauensvotum ausgedrückt zu haben.

Abgeordneter Simon ließ sich am Schluss seines Referats ebenso eingehend über die Frage aus. Er und Aha. Dr. Süßheim haben sich in der Fraktion gegen die Budgetbewilligung erklärt. Simon begründete diese Haltung in ausführlichen Auslegungen. Er macht der bayerischen Parteipresse den Vorwurf, daß sie den ganzen Budgetstreit in möglichst einseitiger Weise behandelt und die Gründe nur in polemischer Form wiederholen habe, anstatt die Sache nach darzustellen und die Genossen selbst urteilen zu lassen, was recht oder unrecht sei. Redner betont jedoch ausdrücklich, er sei der Überzeugung, daß jeder in der Fraktion das getan, was er im gegebenen Augenblick für richtig gehalten hat und daß hinter seiner und Süßheims abweichender Stellungnahme keinerlei persönliche Spuren verborgen seien. Er rökt dann die ganze Budgetbewilligungsfrage an der Hand der Lübecker Resolution und der jenem Vertrag vorausgegangenen Verhandlungen auf, nahm Bezug auf die im Landtag erreichten Erfolge und kam zu dem Schluss, daß für ihn und Süßheim folgendes ausschlaggebend gewesen sei: Gewiß, wir haben possibly mitgearbeitet, auch verschiedene erreicht, aber nach den Beschlüssen des Parteitages, und das ist unser oberste Instanz, war es uns unmöglich, der Aussöhnung unserer Fraktionskollegen zuzustimmen, wir konnten aber nicht offen im Parlament gegen sie auftreten. Doch habe ich mit vorbereitet, die Gründe meiner andern Aussöhnung meinen Wählern vorzulegen. Ich gebe gerne zu, daß man der Aussöhnung sein kann, man handle mit der Budgetbewilligung richtig, man muß aber dann auch und zubilligen, daß wir richtig handeln, indem wir glaubten, in diesem Fall dem Budget nicht zustimmen zu können. Was die materielle Seite der Frage anbelangt, so will ich die erzielten Erfolge durchaus nicht verkleinern, aber sie wären auch erzielt worden, wenn wir gegen das Budget gestimmt hätten, die Regierung und Parteien haben ja gar nicht im voraus wissen können, wie wir stimmen würden. Die Erfolge haben wir trotz der seitherigen Budgetverweigerung erzielt. Unsre Wähler haben uns gewählt, weil wir seither das Budget verworfen haben, mit der seitherigen Budgetverweigerung haben wir bei den Wählern gegen die Gegner agitiert, und wir sind trotz der Verweigerung stets gewachsen. Es kann uns doch nicht darauf ankommen, im Parlament Erfolge zu ergreifen, Mandate zu gewinnen, wie wollen nicht Wähler, sondern Sozialdemokraten erzielen, die wissen, was sie wollen, wir wollen eine andre Gesellschaftsordnung begründen. — Nebenbei zweifelt die so oft ins Feld geführte staatsbürglerische Gleichberechtigung in Bayern an und verzweifelt dabei auf eine Neuerung des Ministers v. Podewils und auf eine Bestimmung des neuen Beamten gesetzes, in der davon die Rede ist, daß Beamte keinen Vereinen angehören dürfen, die dem Staatsinteresse zuwidern laufen. Er weiß ferner darauf hin, daß im Finanzgesetz der Kultusrat enthalten ist, der von einem ganz reaktionären Minister verwaltet wird, dem die Sozialdemokratie Verfassungsschutz, Befreiung des Parlaments usw. vorgeworfen habe, und betont ferner, daß man im Finanzgesetz auch die Einnahmen mit zu bewilligen habe, die zumeist durch indirekte Steuern aufgebracht werden.

Im Laufe der nun folgenden sehr regen Diskussion wurden vier Resolutionen eingeführt. Die erste erkennt die erspürliche Tätigkeit der Fraktion an und erblüht in der Zustimmung zum Budget seines Vertrags gegen die Grundsätze der Gesamtfraktion, ist vielmehr der Aussöhnung, daß dies nur die konsequente Folge der praktischen Tätigkeit unserer Abgeordneten sei. Damit soll den beiden Abgeordneten, die sich der Stimme enthalten haben, kein Misstrauensvotum ausgestellt werden, da die Lübecker Resolution zweifellos auch eine andere Auslegung zuläßt. Vom Parteitag wird erwartet, daß er die Tätigkeit der Fraktion ebenso sachlich würdig und eine Entscheidung trifft, die zukünftige Tätigkeit der bayerischen Genossen im Landtag wie im Lande nicht erträgt. Die zweite Resolution erkennt die Tätigkeit der Fraktion vollkommen an, mißbilligt aber entschieden das Verhalten der Fraktion bei der Budgetabstimmung, da die Vorschreibungen der Lübecker Resolution nicht erfüllt seien. Die Resolution verlangt, daß an den Parteivorstand unverzüglich ein Bericht über die Fraktionstreffen eingesandt und das Schweigebot als ungültig aufgehoben werde. In der dritten Resolution, die als Antrag an den Parteitag gelegt soll, wird verlangt, daß die Abgeordneten aller Parlamente so lange gegen den Staat stimmen, als der Staat den Massendekaracter tragt und die Sonderinteressen der bestehenden Klassen und deren Bürokratie gegen die Arbeiter vertreten. Eine Zustimmung wäre nur zu billigen, wenn unsere Partei in einem Parlamente die Mehrheit hat und das Budget ihren Wünschen entsprechend gestaltet kann. Die vierte Resolution will lediglich den Abgeordneten Vertrauen und Anerkennung aussprechen, auf die Frage der Budgetbewilligung aber gar nicht eingehen, sondern die Entscheidung hierüber dem Parteitag überlassen.

Zu der weiteren Diskussion rechtfertigt Eisner den Standpunkt der lokalen Parteipresse, die alles wesentliche gebracht und kein Argument für und wider unterdrückt habe, sie habe lediglich von den wahnwitzigen Beschimpfungen, die hauptsächlich gegen ihn, Redner, erhoben worden seien, keine Notiz genommen. Er verteidigt dann die Budgetabstimmung. Die Lübecker Resolution in der bayerischen Fassung sei unvollständig. Wenn man sage, wir müssen gegen das Budget stimmen, wenn wir in der Minderheit sind, aber dafür, wenn die Mehrheit haben, so sei das eine unehliche und perfide Politik. Wir dürfen in der Minderheit nicht anders stimmen, als wir stimmen würden, wenn wir in der Mehrheit wären. Es falle uns gar nicht ein, mit der Budgetbewilligung die Regierung ge-